

Die Linke

Stadtfraktion
Marburg

Bericht aus der Sitzung der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 28.08.2026

Haushalt 2026: Gegen den Sozialraub!

Die Haushaltslage der Stadt war, wie schon in den letzten Monaten, auch in dieser Sitzung eines der zentralen Themen. Anlass war diesmal die Genehmigung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2026 durch das Regierungspräsidium. Während CDU und AfD die Situation dramatisierten und vor einer immer näher rückenden Kommunalaufsicht warnten, wurde aus den Reihen von Grünen und SPD darauf hingewiesen, dass die Verfügung des Regierungspräsidiums zwar ernst genommen werden müsse, aber kein unmittelbarer Kontrollverlust der Stadt drohe.

Für uns als Die Linke ist dabei wichtig, die Fakten nicht aus dem Blick zu verlieren: Der Haushalt 2026 ist genehmigt. Von den möglichen fünf gesetzlichen Kriterien der Haushaltsgenehmigung sind aktuell lediglich zwei tatsächlich relevant und werden erfüllt. Die Stadt verfügt weiterhin über ihre kommunale Selbstverwaltung und entscheidet selbst über ihren Haushalt. Co-Fraktionsvorsitzender Jan Schalauske machte deshalb deutlich, dass es zwar einen klaren Konsolidierungsbedarf gibt, dabei aber wichtige Bereiche wie Soziales, Kultur und Bildung als schutzwürdige Bereiche markiert werden müssen. Zur Konsolidierung gehören außerdem immer auch die Einnahmen. Eine Debatte, die bisher noch immer viel zu wenig geführt wird, trotz unserer zahlreichen Versuche, wie zum Beispiel unseren Antrag für eine*n kommunalen Gewerbesteuerprüfer*in, der ohne große Debatte nahezu kommentarlos abgelehnt wurde.

Kühle Orte für heiße Tage: Klimaanpassung muss konkret werden

Die Folgen des Klimawandels sind längst auch in Marburg spürbar. Gerade die vergangenen Hitzetage haben gezeigt, wie dringend konkrete Maßnahmen zum Schutz der Menschen sind. Deshalb hatte Die Linke ursprünglich einen Antrag zur Einrichtung von kühlen Orten eingebracht. Dieser wurde zugunsten des weitergehenden Antrags der Grünen zur Erstellung eines Hitzeaktionsplans zurückgezogen. Der geänderte Hitzeaktionsplan wurde anschließend gegen die Stimmen der AfD beschlossen.

Für uns ist dabei entscheidend, dass aus einem solchen Plan schnell konkrete Maßnahmen entstehen. Judit Margaretha „Greta“ Grimm machte deutlich, dass die vorliegenden Konzepte grundsätzlich gut seien, aber klar priorisiert werden müsse und schnell umsetzbare Maßnahmen bereits im kommenden Jahr realisiert werden sollten. Dazu gehören aus unserer Sicht insbesondere niedrigschwellige und gut erreichbare „kühle Orte“, an denen Menschen sich an heißen Tagen aufhalten und vor der Hitze schützen können. Ein Hitzeaktionsplan darf deshalb kein weiteres Konzept für die Schublade sein, sondern muss konkrete Hilfe im Alltag bringen. Denn insbesondere für ältere Menschen, Kinder und andere besonders gefährdete Gruppen werden solche Maßnahmen immer wichtiger.

Erneuerbare Energien: Marburg investiert in die Zukunft

Auch bei der Energieversorgung wurden wichtige Weichen gestellt. Die Stadtwerke Marburg beteiligen sich mit weiteren Genossenschaftsanteilen und einem Nachrangdarlehen am Windpark Hopfenberg. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der AfD und bei Enthaltung der Freien Wähler angenommen.

Während die AfD wieder einmal von einem angeblichen „Altparteienkartell“ sprach, wurde aus den Reihen der Grünen auf die regionale Wertschöpfung und die Bedeutung der Windenergie für eine nachhaltige Energieversorgung hingewiesen. Bürgermeisterin Nadine Bernshausen machte zudem deutlich, dass angesichts neuer Entwicklungen ein gesteigerter Energiebedarf entstehen wird. Die Stadtwerke dürfen bei der Energieentwicklung deshalb nicht an der Seitenlinie stehen.

Zusätzlich wurden die Verfahren für zwei Solarparks in Moischt und Schröck auf den Weg gebracht. Auch der Grundsatzbeschluss für dreijährige Aktionspläne im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung wurden in dieser Sitzung gegen die Stimmen der AfD beschlossen.

Quartiersparkhaus: Autos bündeln, Platz für Menschen schaffen

Eine konkrete Debatte über die zukünftige Gestaltung des öffentlichen Raums gab es beim Volt-Antrag zur perspektivischen Nutzung des Sparkassen-Parkhauses in der Wilhelmstraße als Quartiersparkhaus für das Südviertel. Der Antrag wurde gegen die Stimmen von CDU/FDP und bei Enthaltung der AfD angenommen.

Für Die Linke machte Greta Grimm deutlich, welchen Vorteil ein Quartiersparkhaus bieten kann: Wenn parkende Autos konzentriert werden, können Straßen lebenswerter gestaltet und Flächen für Klimaanpassung geschaffen werden. Gleichzeitig kann die Hitzebelastung durch parkende und fahrende Autos reduziert werden.

Damit geht es um mehr als die Frage einzelner Parkplätze. Es geht darum, wie wir den begrenzten öffentlichen Raum in Marburg nutzen wollen: für möglichst viele abgestellte Autos oder für sichere Wege, Grünflächen und lebenswerte Quartiere.

Friedensfahne: Ein Zeichen für Frieden und gegen die Militarisierung

Auch über die Anschaffung und das Hissen einer Friedensfahne wurde in der Stadtverordnetenversammlung diskutiert. Lasse Wenzel machte deutlich, dass gerade für viele junge Menschen Demonstrationen eine der wenigen sichtbaren Formen politischer Beteiligung sind und dass die zunehmende Militarisierung deshalb nicht einfach hingenommen werden darf. Eine Friedensfahne am Rathaus könne ein sichtbares Zeichen für all diejenigen sein, die sich für Frieden einsetzen. Lasse Wenzel, der selbst Schüler ist, erklärte zudem, dass er selbst Beratung zur Kriegsdienstverweigerung anbieten würde. Leider fand der Antrag am Ende keine Mehrheit und wurde gegen die Stimmen von Die Linke, Marburger Linke und Move35 abgelehnt. Für uns bleibt klar: Frieden darf kein Randthema sein, gerade in Zeiten zunehmender Militarisierung braucht es sichtbare Zeichen und politische Haltung.

Frieden und Demokratie: Klare Haltung gegen rechte Hetze

Besonders politisch wurde es bei den Dringlichkeitsanträgen. Gemeinsam mit SPD, Grünen, Volt, Marburger Linke und Klimaliste unterstützte Die Linke eine Resolution zur Solidarität mit engagierten Marburger Juristinnen und Juristen und zur Verteidigung der Unabhängigkeit der Justiz und des Grundgesetzes. Die AfD versuchte bereits die Dringlichkeit zu verhindern. Liban Farah (SPD) machte deutlich, dass es nicht um ein Verbotsverfahren gehe, sondern um die Grundsätze des Rechtsstaats und um rechte Hetze gegen Richter*innen.

Auch wenn die politische Auseinandersetzung in einer Stadtverordnetenversammlung manchmal hitzig wird: Für uns ist klar, dass die demokratische Grundordnung und die Unab-

hängigkeit der Justiz nicht zur Disposition stehen. Gerade angesichts zunehmender Angriffe von rechts braucht es eine klare Haltung.

Unser Fazit: Die Sitzung hat einmal mehr gezeigt, dass die entscheidenden Fragen zusammengehören. Eine Stadt, die finanziell handlungsfähig bleiben will, muss politische Prioritäten setzen. Eine Stadt, die lebenswert bleiben will, muss bei Hitze und Klimawandel konkret handeln. Und eine Stadt, die demokratisch bleiben will, muss sich klar gegen rechte Hetze und für Frieden und Rechtsstaatlichkeit positionieren. Dafür steht Die Linke in Marburg.

Herzliche Grüße der Fraktion Die Linke in der Marburger Stadtverordnetenversammlung!

Miriam Stoll, Jan Schalauske, Judit Margaretha Grimm, Lasse Wenzel, Nicole Wehnert, Lena Reschke, Viktoria Ehrke